

Tarek Al-Wazir

Die Grünen: Inhaltliche Führung der linken Mitte?

Können die Grünen (man betrachte zum Beispiel die Koalitionen in Hamburg und im Saarland) noch eindeutig zur linken Mitte gezählt werden? Der Vorsitzende der Hessischen Grünen verortet sie dort und sieht künftig eine produktive Konkurrenz unter den Oppositionsparteien im Bund.

Tarek Al-Wazir

(* 1971) ist Landes-Vorsitzender der Grünen in Hessen und Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag.

t.al-wazir@ltg.hessen.de



Sommer 2008: Nach dem Sturz von SPD-Chef Kurt Beck, der Installierung von Frank-Walter Steinmeier als Kanzlerkandidat und der Wiederkehr von Franz Müntefering als SPD-Vorsitzender sind sich die SPD-Granden einig: Ein rot-grün-rotes Experiment in Hessen kann der Bundespartei nur schaden.

Sommer 2009: Nach den Wahlen im Saarland sind sich der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering und der SPD-Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier einig: Jetzt müsse schnell ein rot-grün-rotes Bündnis an der Saar her. Die Abwahl von CDU- und neue SPD-Ministerpräsidenten seien die letzte Chance der SPD im Bundestagswahlkampf. »Ja, spinnen die denn, die Sozis?« würde es jetzt bei Asterix heißen.

Herausforderungen der Globalisierung gestalten

Diese Kehrtwende der Bundes-SPD ist nur mit der SPD-eigenen Unentschiedenheit und Zerrissenheit zu erklären. Das Ergebnis der Bundestagswahl hat auch gezeigt, dass beide Varianten der SPD nicht geholfen haben. Bei der Bundestagswahl ist zwar

praktisch die alte Bundesrepublik noch einmal auferstanden und eine Zweierkoalition kann die Regierung stellen.

Unter dem Strich hat Schwarz-Gelb allerdings 300.000 Stimmen verloren, zur Mehrheit reicht es nur wegen des desaströsen Ergebnisses der SPD und der damit einhergehenden drastisch gesunkenen Wahlbeteiligung. Beim nächsten Mal kann das schon völlig anders aussehen, und die Wahlergebnisse in den Ländern zeigen, dass sich das Parteiensystem völlig verändert hat. Und das wird Auswirkungen auf alle Parteien haben.

Die Sozialdemokratie hat es in den letzten zwei Jahrzehnten versäumt, sich nach dem Ende der Blockkonfrontation in einer gewissen Weise neu zu erfinden und musste seit 1998 dramatische Verluste in Höhe von mehr als zehn Millionen Stimmen hinnehmen. Im Vergleich zu 1998 haben die Grünen unter dem Strich 2009 »nur« 1,3 Millionen zusätzliche Stimmen gewonnen. Das zeigt, dass das erreichbare Potenzial für die Grünen deutlich größer ist, als es die bisherigen Wahlergebnisse zeigen.

Wir Grüne werden nicht großwahn-sinnig und glauben, zehn Millionen Menschen zusätzlich für uns gewinnen zu können, aber viele Menschen der linken Mitte sind auf der Suche nach neuen politischen Antworten, die sie wieder mit ihrer konkreten Lebenswirklichkeit in Einklang bringen können. Sie sind die alten Grabenkämpfe zwischen dem selbst ernannten bürgerlichen Lager und selbstzufriedenen Alt-Linken leid. Sie wissen, dass weder in der Huldigung der freien Kräfte des Mark-

tes noch in einer Rückkehr zur nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik der 70er Jahre die Herausforderungen der Globalisierung zu gestalten sind. Sie wissen, dass Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit zusammen gedacht werden müssen, wenn wir dauerhaft in einer intakten Umwelt und einer solidarischen Gesellschaft leben und wirtschaftlich erfolgreich sein wollen. Sie verstehen sich selbstbewusst als modernes Bürgertum, dem das eigene gute Leben wichtig, aber nicht wichtiger ist als die Chancen von Menschen, die weniger gute Startchancen hatten. Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen ist für sie kein Luxus, sondern schlichte Notwendigkeit. Sie verschließen die Augen nicht vor existierenden und sich verschärfenden sozialen Konflikten, nicht vor der Verantwortung unseres Konsumverhaltens für die globale ökologische Krise, nicht vor sich vervielfältigenden Freiheitsbeschränkungen und nicht vor der Not, der Menschen am anderen Ende der Welt ausgesetzt sind.

Spagat der Volksparteien

Der SPD, aber auch in zunehmendem Maße der CDU, gelingt es immer weniger, den Anforderungen einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft gerecht zu werden. Im Spagat zwischen vermeintlichen alten Gewissheiten und neuen gesellschaftlichen Erwartungen werden die Volksparteien zunehmend zerrieben. Das Ergebnis der Bundestagswahl hat dies deutlich gezeigt. Die Marktradikalen wurden von der FDP aus der CDU herausgelöst und die SPD hat einen Aderlass in Richtung Linkspartei erlebt.

Hier zeigt sich auch, dass der absolute Ausschluss der Linkspartei aus der politischen Verantwortung in Westdeutschland und der Bundesebene ein Fehler war. Die SPD ermöglichte es der Linkspartei so, oh-

ne jede Verantwortungsperspektive allen alles zu versprechen, ohne jemals dafür in die Haftung genommen zu werden.

In den wenigen Monaten der »hessischen Verhältnisse« und der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen wurde deutlich, welche Zugeständnisse die Linkspartei schon bei einer Tolerierung würde machen müssen. Sie verlor dann auch bei den Neuwahlen Stimmen und musste trotz der gleichzeitig dramatischen Verluste der SPD um den Wiedereinzug in den Hessischen Landtag zittern. Ein besonders gutes Beispiel für ihr Abschneiden bei Wahlen zeigen die Auswirkungen der Realpolitik des rot-roten Berliner Senats. So holte die PDS im Jahr 2001, also vor Regierungseintritt, bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus noch 22,6 % der Stimmen. Nach fünf Jahren Regierungsverantwortung im Jahr 2006 hatte sie fast 10 % verloren und kam gerade noch auf 13,4 % der Stimmen. Das Protestpotenzial konnte nicht mehr in vollem Umfang abgerufen werden.

Zur Formulierung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses, zu einem neuen Gesellschaftsvertrag und einem New Deal des 21. Jahrhunderts werden jedoch weder FDP noch Linkspartei beitragen, da sie die traditionellen Pole des alten Vier-Parteiensystems darstellen, Markt versus Staat. Den Volksparteien gelingt es immer weniger, neue gesellschaftliche Konsense zwischen diesen Polen zu formulieren.

Hier liegt die Verantwortung der Grünen: Sie haben die Aufgabe und das Potenzial, um zur inhaltlich führenden Kraft der linken Mitte zu werden. Durch ein Ausspielen von Mitte und Links würden die Grünen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht. Wer den vielen politisch Heimatlosen ein Angebot machen will, muss beides zusammenbringen: Linksliberales Bürgertum und studentisch-alternatives Milieu, nachhaltig und erfolgreich wirtschaftende Selbstständige und Anti-AKW-Aktive aus dem

Wendland. Und er muss den Marktradikalen auf der einen Seite und den Modernisierungsverweigerern auf der anderen Seite eine klare Absage erteilen.

Zum grünen Gesellschaftsvertrag gehört, den ökologischen Umbau der Wirtschaft voranzutreiben und die Frage nach Wohlstandsmodellen jenseits blinden Wachstums zu beantworten. Auch unsere jetzige Art zu wirtschaften und zu leben, ist an die Grenzen des globalen Ökosystems gestoßen. Es bedarf einer emanzipativen Sozialpolitik und einer Bildungsrevolution, die die sozialen Blockaden unserer Gesellschaft aufbricht. Antworten müssen her für die notwendige Haushaltskonsolidierung ohne dabei in Wachstumsfetischismus oder Sozialabbau zu verfallen. Es braucht eine Stimme der progressiven Gesellschaftspolitik, die gleiche Verwirklichungschancen für alle einfordert und die die Bürgerrechte online wie offline verteidigt. Und schließlich braucht es eine Kraft, die für die Stärkung der demokratischen Kultur eintritt, die die Probleme unserer Demokratie vernehmbar anspricht ohne dabei in antidemokratischen Populismus zu verfallen.

Koalitionen inhaltlich begründen

Zu dem selbstbewussten Anspruch, führende Kraft der linken Mitte sein zu wollen, gehört auch, sich aus alten Koalitions- und Lagerzwängen zu befreien. Die Ausschließertis muss ein Ende haben. Alle, die bereit sind, eine ökologisch-soziale Politik der linken Mitte mitzumachen, müssen für die Grünen koalitionsfähig sein. Auch wenn es keine Äquidistanz zu CDU und SPD gibt, haben wir mit gesellschaftlichen Modernisierern in beiden Parteien Schnittmengen.

Klar ist, dass gerade in einer Medien-demokratie, die von Vereinfachung lebt, Identität auch durch Abgrenzung entsteht.

Wenn alle mit allen können, wird es für die Wählerinnen und Wähler, für die politikfernen zumal, schwerer, sich zu orientieren. Es bleibt auf absehbare Zeit keine andere Wahl, als uns dieser Anstrengung zu stellen. Gerade aus einer Position der Eigenständigkeit heraus geht es bundespolitisch in den kommenden Jahren darum, Schwarz-Gelb inhaltlich zu stellen. Koalitionen müssen auf Grundlage eigener Positionen geschlossen werden.

Nur wer weiß, wo er selbst steht – und dies gilt für alle Parteien – wird glaubhaft begründen können, warum er mit wem koalitiert. Die Debatte in der SPD etwa lief bisher anders. Die Flügel der SPD versuchen über den bevorzugten Koalitionspartner die Richtung der Partei zu bestimmen.

So wird dann auf Bundesparteitagen einstimmig ein Programm beschlossen, das man für falsch hält, aber die einen hoffen, die anderen fürchten, dass über eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei dann eben doch andere Inhalte umgesetzt werden. Das muss schief gehen. Wer andere Inhalte will, muss innerparteilich dafür kämpfen und sie nicht klammheimlich durch die Hintertür einführen wollen.

Zu Hochmut besteht für die Grünen kein Anlass. Auch in der guten alten Tante SPD könnte noch eine Menge Saft stecken. Auch die Grünen haben nach der Bundestagswahl 1990 schwere Zeiten durchgemacht. So die SPD nicht zu sehr mit ihrer Selbstfindung beschäftigt ist, wird es einen Wettbewerb zwischen SPD und Grünen um den inhaltlichen Führungsanspruch der linken Mitte geben.

Und das ist auch gut so. So kann produktiver Wettbewerb entstehen. Die SPD wird sich stärker auf bisherigen Stammfeldern der Grünen tummeln und die Grünen weiter auf Felder vordringen, die bislang als Domänen der SPD galten. Möge der Bessere gewinnen und zur inhaltlich führenden Kraft der linken Mitte werden.